

Kuba: Wie der tropische Sozialismus sein eigenes Erbe riskiert

UWE OPTENHÖGEL

Mit der Machtübergabe von Fidel an Raúl ist den Castro-Brüdern eine politische Meisterleistung gelungen. Entgegen allen politischen Theorien über charismatische Herrschaft (Max Weber) und entgegen allen Erfahrungen mit Nachfolgeregelungen charismatischer Führer zog der Abgang Fidel Castros von der Staatsspitze keine Systemkrise nach sich. Es kam auch nicht zu der von vielen erhofften Öffnung, zu Reformen und zum Ende des kubanischen Sozialismus. Ganz im Gegenteil gelang es den Castro-Brüdern sogar, das Charisma und Prestige Fidels in politisches Kapital für seine Nachfolger umzumünzen.

Kohabitation der Castro-Brüder

Im klaren Bewusstsein dessen, dass er selbst nicht über eine charismatische Ausstrahlung verfügt, hat Raúl gar nicht erst versucht, auf diesem Feld mit seinem Bruder zu konkurrieren. Innenpolitisch kam es stattdessen zu einer Übereinkunft über eine Art »power-sharing«, die der neuen Regierung ermöglicht, von Fidels charismatischer Wirkung weiter zu profitieren. Das Arrangement hat Züge einer Kohabitation und sieht folgendermaßen aus: Fidel zog sich zunächst von der Staatsspitze zurück, blieb aber Parteichef, und er mutierte vom »comandante en jefe« zum »comentarista en jefe« (Hoffmann 2009: 240), indem er eine Kolumne (»Reflexiones«) im Zentralorgan der Partei (Granma) eröffnete, in der er regelmäßig politische Ereignisse kommentiert. Dabei mischt er sich in die kubanische Innenpolitik wenig ein, sondern kommentiert internationale Themen, philosophische und historische Bezüge sowie globale Fragen.

Das Arrangement entlastet Raúl von einer ganzen Reihe von Aufgaben. Außerdem kann Fidel der neuen Führung bei Bedarf als »Legitimator« für politische Maßnahmen dienen. Andererseits birgt die Konstellation Risiken. Auch wenn er sich öffentlich zunächst an die Arbeitsteilung gehalten hat, behält sich Fidel mit der Konstruktion ein beträchtliches

Störpotenzial und eine gewisse Möglichkeit des »agenda-setting« vor. Seit seiner anscheinenden Genesung ab der zweiten Hälfte 2009 hält er sich zusehends weniger an die ursprüngliche Absprache und mischt sich wieder verstärkt auch in die Innenpolitik ein. Diese Konstellation dürfte mit dafür verantwortlich sein, dass es der anfänglich von Raúl angekündigten Reformpolitik bisher an Kohärenz und Dynamik mangelt. Wie viel Einfluss Fidel tatsächlich hinter den Kulissen noch hat, entzieht sich allerdings dem Urteilsvermögen nicht nur externer Beobachter.

Auf der internationalen Bühne gingen Fidel Castros politische Wirkung und sein Charisma seit langem weit über Kuba hinaus. Dieses internationalistische Erbe versucht er, in Form eines als Vater-Sohn-Beziehung inszenierten Verhältnisses an den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez weiterzugeben.

Mit der Art seines politischen Rückzuges ist es Fidel Castro ein weiteres Mal gelungen, seine politischen Freunde und Gegner zu überraschen, die Initiative in der Hand zu behalten und noch zu seinen Lebzeiten sein politisches Vermächtnis an einen bzw. zwei selbst gewählte Nachfolger weiterzugeben.

Absicherung als Maxime für den Umbau der Führungsstrukturen

Anfang 2009 kam es zu einem Umbau der Führungsstrukturen und zur Umbesetzung an verschiedenen Schaltstellen der Macht. Die prominentesten Opfer waren Vize-Präsident Carlos Lage (57 Jahre), Außenminister Felipe Pérez Roque (43 Jahre) und der Leiter der internationalen Kommission beim Zentralkomitee der Partei, Fernando Remírez (57 Jahre). Die drei gehörten zur jüngeren Führungsgeneration und galten bis dahin als »Fidelistas« und als »high potentials« im Falle einer Nachfolge auf die Castro Brüder. Ihnen wurde aber nicht nur Ineffizienz, sondern illoyales und unethisches Verhalten sowie das »Schüren von Illusionen bei ausländischen Feinden« (gemeint sind die USA) vorgeworfen. Unter den anderen Kabinettsmitgliedern, die gehen mussten, befand sich auch der langjährige Wirtschaftsminister José Luis Rodríguez. Im Herbst des Jahres schied dann mit Francisco Soberón der seit 15 Jahren amtierende und erfolgreiche Präsident der Zentralbank aus.

Die offenen Spitzenpositionen wurden mit Vertrauten Raúl Castros aus der Generation der Revolutionäre der Sierra Maestra besetzt bzw.

mit Militärs, mit denen er in seiner langen Zeit als kubanischer Verteidigungsminister zusammengearbeitet hatte. Im Ergebnis bedeutet der als Kabinettsreform begonnene Prozess die weitreichendste Umstrukturierung in Kubas Machtapparat seit Jahrzehnten (Erikson 2009: 319). Das Profil der Führung von Raúls Vertrauen ist damit nennenswert älter, noch stärker von Militärs geprägt und stärker innenpolitisch ausgerichtet als die vorherige Führungsgruppe. Das Problem dabei dürfte sein, dass ein Großteil der jüngeren Kader, die bis dato erfolgreich auf die Übernahme von Verantwortung an der Staatsspitze vorbereitet worden waren, jetzt ausfällt.

Re-Institutionalisierung der Politik

Das letzte Jahrzehnt der Regierung Fidels war von Tendenzen einer De-Institutionalisierung der Politik geprägt. Das betraf sowohl die Partei als auch den Staat. Unter dem Motto »Die Schlacht der Ideen« kehrte Fidel zu einer Art Kampagnenpolitik zurück, die die Schaffung von Parallelstrukturen mit Elementen der Massenmobilisierung verband und damit die formalen Strukturen von Partei und Staat umging. De facto wurde Kuba in dieser Zeit mehr von einer kleinen Beratergruppe um Fidel regiert als von der Regierung und ihrer Administration. Dieses extrem zentralistische Modell entsprach sicher Fidels charismatischem Naturell, implizierte aber ein hohes Maß an Ineffizienz und Unberechenbarkeit.

Raúl hat mit diesem System schnell Schluss gemacht und einen kollektiveren Führungsstil eingeführt. Die staatlichen Institutionen wurden wieder in ihre Funktionen eingesetzt und wieder mit der Verantwortung für die Ergebnisse der Politik betraut. Darüber hinaus gab es eine vorsichtige Verlagerung von Entscheidungen in die Regionen. Dabei hat Raúl keine Gelegenheit ausgelassen, darauf hinzuweisen, dass die kommunistische Partei verfassungsgemäß wieder ins Zentrum der kubanischen Politik rücken muss. Eine genauere Betrachtung der politischen Praxis lässt allerdings an der proklamierten eindeutigen Führungsrolle der Partei Zweifel aufkommen. Die vollzogene Re-Institutionalisierung scheint eher durch eine Mischung aus staatlichen, militärischen und Parteistrukturen charakterisiert (Hoffmann 2009: 239).

Obgleich über die internen Auseinandersetzungen und Machtkonstellationen wenig nach außen dringt, ist eine gewisse Zweiteilung auszumachen in einen konservativen Flügel, der der Parteibürokratie ver-

bunden ist (und möglicherweise die Deckung von Fidel hat), und einer eher technokratisch-unternehmerisch orientierten Fraktion, die aus dem Militär kommt und vor allem auf wirtschaftliche Reformen setzt. Die Zögerlichkeit und das Stückwerk bei eben diesen Reformen sprechen dafür, dass beide Fraktionen sich gegenseitig blockieren.

»It's the Economy, Stupid!«

Die zweifelsohne gelungene Machtübergabe im politischen System findet auf dem Gebiet der Ökonomie keine Entsprechung. Hier kann Raúl Castro auch vier Jahre nach seinem Regierungsantritt keine Erfolge vorweisen – im Gegenteil. Anfang Mai dieses Jahres beklagt das Zentralorgan der kommunistischen Partei Kubas, Granma, die schlechteste Zuckerernte auf der Insel seit 1905 und macht als Gründe dafür das Fehlen von Kontrolle und klaren Planvorgaben aus. Diese Reaktion aus der Mottenkiste des Realsozialismus zeigt die ganze Ratlosigkeit der Führung im Umgang mit der inzwischen völlig desolaten Wirtschaftsfrage des Landes.

Dabei weiß man es sogar aus eigener Erfahrung besser. In der »Sonderperiode in Friedenszeiten«¹ in Folge des Zusammenbruchs der UdSSR gelang bereits Mitte der 1990er Jahre aus eigener Kraft eine Dynamisierung der Wirtschaft.² Die damaligen Maßnahmen wurden aber weitgehend rückgängig gemacht, weil sie gesellschaftliche Prozesse angestoßen hatten, die der politischen Kontrolle zu entgleiten drohten. Heute steht das Land ökonomisch wieder mit dem Rücken zur Wand, was zum Teil an externen Gründen, überwiegend aber an langfristig akkumulierten Strukturdefiziten liegt.

1. Der Verlust der Ostblockhandelspartner und der Wegfall der Subventionen hatte Kuba in eine verheerende Wirtschaftskrise gestürzt. Zwischen 1990 und 1993 schrumpfte das Sozialprodukt um mehr als ein Drittel, die Exporte gingen um 80 Prozent zurück. Die Industrieproduktion kam mit Kapazitätsauslastungen von 10 bis 20 Prozent fast zum Erliegen. Selbst Grundnahrungsmittel wurden knapp: Nach offiziellen Angaben reduzierte sich der durchschnittliche Kalorienverbrauch zwischen 1989 und 1993 um ein Drittel.
2. Auf der Grundlage von Tourismus, Nickel-Export, den Devisen aus den Überweisungen (»remesas«) der Exilkubaner, einem substantiellen Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen in Joint Ventures sowie der Zulassung von Privatinitiative in den Sektoren Landwirtschaft und Dienstleistungen gelang eine Erholung der Wirtschaft.

Zu den externen Faktoren zählen drei verheerende Hurrikans im Jahre 2008. Während man noch damit beschäftigt war, deren Schäden zu bewältigen, brach die internationale Finanzkrise aus. Sie traf Kuba in Form eines dramatischen Verfalls des Nickelpreises und damit der Exporterlöse sowie rückläufiger Einnahmen aus dem Tourismus, rückläufiger »remesas« der von der Krise betroffenen Exilkubaner in den USA und verschlechterter Kreditbedingungen auf dem internationalen Kapitalmarkt. Das Land geriet in eine akute Liquiditätsklemme. Im Jahre 2009 verweigerte die Regierung zeitweilig den im Land ansässigen – auch den ausländischen – Unternehmen den Zugang zu ihren auf kubanischen Banken deponierten Devisenguthaben. Das führte dazu, dass sie häufig ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen konnten, was wiederum die Güterknappheit weiter verschärfte.

Die Zuwachsraten der Wertschöpfung brachen dramatisch ein. Lag das Wirtschaftswachstum in der Zeit zwischen 2001 und 2007 bei durchschnittlich 7,5 Prozent, sank es in 2009 laut offiziellen Angaben auf 1,4 Prozent. Der Export ging um 36 Prozent zurück, die Arbeitsproduktivität wurde noch niedriger als ohnehin. Gleichzeitig blüht der Schwarzmarkt, die Korruption³ und der Diebstahl in den Staatsbetrieben – in den letzten Jahren ein Dauerthema in den offiziellen Medien.

Die hohen offiziellen Wachstumsraten⁴ seit der Jahrtausendwende dürften ohnehin hauptsächlich den Subventionen und Investitionen aus Venezuela (in letzter Zeit auch aus China) und dem bis 2008 hohen Nickelpreis geschuldet sein. Im privaten Konsum kam von diesem Wachstum fast nichts an. Ein verlässlicherer Indikator für den Zustand der kubanischen Ökonomie dürfte die Kapitalerneuerung sein. Die Bruttoanlage-Investitionen gingen zwischen 1989 und 2007 um 47 Prozent zurück, machten 2006 nur noch 13,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus (Mesa-Lago 2008), die Hälfte des Wertes von 1989 und etwa die Hälfte dessen, was kubanische Ökonomen als notwendig für ein nach-

3. Die Korruption hat inzwischen auch die alte Garde der Generäle erreicht, die mit Fidel und Raúl in der Sierra Maestra gekämpft hatten. Da sie bisher als unkorrupter galten, dürfte der öffentliche Ansehens- und Legitimationsverlust für die Elite beträchtlich sein (Morales 2010; Vicent 2010).

4. Diese werden von wissenschaftlicher Seite bezweifelt (Mesa Lago 2008: 3). Statistische Manipulationen haben auch CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) zu einer Kommentierung seiner über Kuba veröffentlichten Daten veranlasst (CEPAL 2003–2007). In dieser Betrachtung ist es sogar möglich, dass das Bruttoinlandsprodukt Kubas schon seit Jahren rückläufig ist.

haltiges Wachstum ansehen. Auch im regionalen Vergleich lag Kuba damit weit unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von ca. 20 Prozent (CEPAL 2007). De facto hat damit eine De-Industrialisierung des Landes stattgefunden – vom Verfall der Infrastruktur ganz zu schweigen.

Mittlerweile hat Kuba eine Wirtschaftsstruktur, in der die »produktiven« Sektoren nur noch knapp ein Viertel der Wertschöpfung ausmachen, der Dienstleistungssektor hingegen über drei Viertel (ONE 2008). Kubanische Ökonomen sprechen von einer »dysfunktionalen Tertiarisierung« (Monreal 2007), die eine nachhaltige Zukunftsentwicklung der Ökonomie bedroht.

Die kubanische Wirtschaft hängt heute von den Subventionen aus dem ölreichen Venezuela ab. Aber als die Weltmarktpreise für Öl 2009 sanken, reduzierte das befreundete Land die Öl- und Geldtransfers nach Kuba vorübergehend, was dort zu Stromausfällen, Einschränkungen im öffentlichen Verkehr, Produktionsausfällen in der Industrie und zum weiteren Absinken der Produktivität führte. Die Unsicherheit wird erhöht durch die internen Probleme der Regierung Chávez in Venezuela, die wie ein Damoklesschwert über der engen Kooperation mit Kuba hängen. Viele der Geschäfte und Übereinkommen werden mit Hugo Chávez persönlich abgesprochen, aber aufgrund fehlender Institutionen der Zusammenarbeit oft nicht umgesetzt.⁵

Die ineffiziente Wirtschaft untergräbt die Legitimation des Regimes

Insgesamt ist die Ökonomie zunehmend weniger in der Lage, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Das kubanische Alltagsleben ist geprägt von einem Mangel an Gütern, unter anderem auch Grundnahrungsmitteln. Die sozialen Dienstleistungen, einst der Stolz der Revolution, werden zusehends schlechter.

An Raúl Castros Regierungsübernahme waren zunächst hohe Erwartungen im Hinblick auf pragmatische Reformschritte in der Wirtschaft

5. Dieser einseitigen Abhängigkeit versucht die kubanische Führung durch außenwirtschaftliche Diversifizierung zu begegnen. Neben China, Russland und Vietnam kommt dabei v. a. Brasilien wachsende Bedeutung zu. Allerdings üben diese neuen Partner keine sozialistische Solidarität in Form von Subventionen. Kredite aus China z. B. müssen – ohne jeden Rabatt – auch für Güter aus China ausgegeben werden.

geknüpft gewesen. Die diesbezüglich gemachten Äußerungen Raúl's hatten dazu allen Anlass gegeben. Er hatte im Sommer 2007 zu einer Benennung der Missstände und einer breiten öffentlichen Debatte aufgerufen.

Die Regierung hat in ihrer Krisenanalyse stets das Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen hervorgehoben. In ihren Maßnahmen hat sie sich aber weitgehend darauf beschränkt, an die Disziplin zu appellieren, administrative Kontrollen zu erhöhen und vor allem bei den Ausgaben zu sparen. Das ist bei einer Zentralverwaltungswirtschaft zwar leicht möglich, weil man Zugriff auf die Ausgaben hat. Es ist aber nicht ohne Preis zu haben: Man läuft Gefahr, eine schon desolante Ökonomie noch »kaputter« zu sparen und die Qualität der sozialen Leistungen weiter zu senken. Der bereits darbedenden Bevölkerung werden weitere Opfer abverlangt. So legte die Regierung Hand an zwei zentrale symbolische Errungenschaften der Revolution: Die »Libreta« (eine Lebensmittelrationierungskarte) und das kostenlose Mittagessen in den Staatsbetrieben kommen auf den Prüfstand.

Auf der Wertschöpfungsseite der Wirtschaft wird dagegen viel zu wenig getan, um die staatlichen Einnahmen zu erhöhen und dem Staat wieder Handlungsspielraum zu verschaffen. Die Maßnahmen in diesem Bereich beschränken sich weitgehend auf bessere Preise für landwirtschaftliche Produzenten, die Eliminierung einiger administrativer Hindernisse für die Agrarproduktion, eine langsame Verteilung brachliegenden Landes an Personen, die bereit sind, dieses zu bestellen, sowie auf die Privatisierung einiger ausgewählter Dienstleistungen des täglichen Gebrauchs (Friseur, Taxis).

Nach nunmehr vier Jahren Raúl Castro stellt sich Ernüchterung ein. Die Reformen setzen zwar zum Teil an den richtigen Stellen an (unter anderem dort, wo man Ende der 1990er Jahre aufgehört hatte). Sie sind aber bisher viel zu zaghaft, um die Wirtschaft aus der Ineffizienz herauszuführen. Die ausbleibenden Erfolge werden damit gerechtfertigt, dass die Lage zu ernst sei, um sich Fehler erlauben zu können und dass die eingeleiteten Maßnahmen Zeit bräuchten. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die zögerliche Haltung ein Ausdruck der Differenzen in der Führung im Hinblick auf die Reichweite vorzunehmender Reformschritte ist. Ökonomisch notwendige Reformen werden weiterhin ideologischen und Kontrollüberlegungen untergeordnet.

Mit der anhaltenden wirtschaftlichen Erfolglosigkeit nimmt die Entfremdung zwischen Regierung und Volk zu. Die Ineffizienz untergräbt inzwischen den politischen Pakt, der Kuba über Jahrzehnte zusammen-

gehalten und außenpolitisch stark gemacht hat: den postrevolutionären Pakt zwischen Elite und Volk, der politische Loyalität gegen nationale Unabhängigkeit, sozialen Schutz und die Abschaffung der Armut eintauschte. Die Generation, die die Revolution miterlebt und davon profitiert hat, stirbt aus. Der jungen Generation hingegen bietet die ineffiziente Wirtschaft weder eine Arbeits- noch eine Konsumperspektive.

Einer der Architekten der Reformen der 1990er Jahre, der Ökonom Haroldo Dilla, beschreibt die aktuelle Situation so: »Das heutige, von Subventionen aus Venezuela abhängige Wirtschaftsmodell reicht gerade, um aus der Krise einen ›modus vivendi‹ und aus der Armut eine Tugend zu machen. Es ist aber offenkundig nicht fähig, Wohlstand zu schaffen und den Mythos guter staatlicher Sozialleistungen in Bildung, Gesundheit und Altersversorgung aufrechtzuerhalten.« (Dilla 2010)

So könnte Kuba mit 20-jähriger Verspätung doch noch in der Falle landen, aus der die realsozialistischen Länder in Mittel- und Osteuropa Ende der 1980er Jahre nicht wieder herausfanden: Auch sie hatten ihre Volkswirtschaften nicht zum Laufen gebracht und die Zustimmung der Jugend verloren.

Neue Ungleichheit auf dem Weg in die strukturell instabile Gesellschaft

Eine der größten Leistungen der Revolution war der Aufbau einer relativ homogenen und egalitären Gesellschaft, die sich durch die Überwindung von sozialen Ungerechtigkeiten, Rassenschranken und sonstigen Diskriminierungen auszeichnete: einer Gesellschaft der Inklusion. Im Vergleich mit anderen Ländern der Region waren die üblichen Indikatoren zur sozialen Entwicklung auf Kuba über Jahre unübertroffen. Das Land verfügte über eine hohe Alphabetisierungsrate, niedrige offizielle Arbeitslosigkeit, geringe Kindersterblichkeit, eine flächendeckende kostenlose Gesundheitsversorgung und ein gutes und ebenfalls kostenloses Bildungssystem.

Diese Model änderte sich bereits in den 1980er Jahren etwas, kam aber nach 1990 verstärkt unter Druck.⁶ Die anfängliche Dollarisierung der Ökonomie sowie das später zur Devisenbeschaffung eingeführte

6. Ende der 1980er Jahre wurde der Gini-Koeffizient für Kuba auf 0,24 geschätzt, ein hohes Maß an Einkommensgleichheit. Ende der 1990er Jahre lag er Schätzungen zufolge bei 0,38, was in etwa dem Wert für Deutschland entsprach. Seitdem ist die Ungleichheit mit Sicherheit weiter gewachsen.

duale Währungssystem⁷ wurde zu einem der Ausgangspunkte sozialer Differenzierung.⁸ Die duale Währung zusammen mit einer zaghaften Öffnung der Märkte und dem Ausbau des Tourismus im Land diversifizierte die Einkommensquellen der Bevölkerung, bis hin zu extremen Unterschieden.

Parallel dazu sorgte die marode Wirtschaft im Land für einen Anstieg der Lebenshaltungskosten. Da die Gehälter auf Kuba in dem mit einer niedrigen Kaufkraft ausgestatteten kubanischen Peso ausgezahlt werden, aber ein Großteil der Güter des täglichen Bedarfs in CUC (die konvertible Währung) gehandelt wird, geht es Kubanern, die Zugang zu Devisen haben, weitaus besser als denjenigen, denen dieser Zugang verwehrt bleibt. Die Folgen wurden schon 2001 in den deutschen Lateinamerika-Nachrichten beschrieben: »Betrachtet man den einzelnen Haushalt, so ist eine Diversifizierung der Einkunftsquellen zu beobachten. Es gibt kaum noch Familien, die ausschließlich von ihrem Einkommen aus dem staatlichen Sektor leben können. Nach einer in 140 kubanischen Haushalten durchgeführten Befragung übersteigen die Zusatzeinkünfte aus ›remesas‹ sowie informeller oder privatwirtschaftlicher Tätigkeit das reguläre Einkommen im Durchschnitt um das Doppelte. Damit wird bezahlte Lohnarbeit zunehmend unbedeutender« (Lateinamerika-Nachrichten Nr. 329, November 2001). Seitdem hat sich nichts geändert.

Das System setzt damit perverse Anreize mit weitreichenden Konsequenzen. »Die Tatsache, dass ein Kellner oder Taxifahrer ein Vielfaches von dem Lohn eines Arztes oder Lehrers verdient, führt zur Umkehrung der kubanischen Sozialpyramide. Vor diesem Hintergrund stellen sich vor allem Jugendliche die Frage, ob sich eine Qualifizierung durch Ausbildung oder Studium überhaupt lohnt, da man beispielsweise mit Schwarzmarktgeschäften ein viel besseres Auskommen hat als in einem richtigen Beruf. Gleichzeitig kommt es unter den Berufstätigen vermehrt zur Abwanderung von Fachkräften in diejenigen Bereiche, in denen gute Verdienste locken. (...) Die langfristigen Folgen dieses Braindrain für die kubanische Wirtschaft sind noch nicht abzusehen.« (ebd.)

7. Bestehend aus dem kubanischen Peso (CUP) und dem an den Dollar gekoppelten und getauschten Peso Convertible (CUC).

8. Die doppelte Währung hat für Kuba den Vorteil, dass sich die Binnenwirtschaft vom internationalen Wettbewerb abkoppeln lässt. Würde der gegenwärtige offizielle Wechselkurs für die gesamte kubanische Wirtschaft gelten, brähe fast die gesamte Wirtschaft zusammen – vergleichbar mit der ehemaligen DDR nach der Währungsunion.

Nach verschiedenen Schätzungen haben etwa 50 bis 60 Prozent der Kubaner direkt oder indirekt Zugang zur konvertiblen Währung CUC. Dabei sind auch die CUC-Einnahmen extrem ungleich verteilt. Erstens ist unter den bessergestellten Kubanern der Anteil derjenigen höher, die die seit 1993 erlaubten Überweisungen von Verwandten im Ausland erhalten.⁹ Zweitens haben die besser Gebildeten und bereits Bessergestellten auch im Land bessere direkte CUC-Verdienstmöglichkeiten. In den Spitzensektoren der Wirtschaft erhalten viele qualifizierte Beschäftigte einen Bonus oder Gehaltsanteile in CUC als Leistungsanreiz.

Im Gefolge der skizzierten Veränderungen findet heute in Kuba wieder soziale Exklusion statt. Wer keinen Zugang zu Nebeneinkünften in CUC hat, rutscht in die Armut ab. Davon sind vor allem die wachsende Gruppe alleinstehender alter Menschen und Afrokubaner betroffen. Auch im Bildungssektor wird die Herkunftsfamilie wieder wichtiger für den Bildungserfolg. Da Afrokubaner häufiger aus bildungsfernen Schichten kommen, setzt hier wieder Diskriminierung ein.

Die über Jahrzehnte relativ homogene Gesellschaft driftet in eine irrational begründete Ungleichheit und damit in eine strukturelle Instabilität. Für viele Kubaner sind Inklusion oder Exklusion nicht mehr das nachvollziehbare Ergebnis eigenen Verhaltens, sondern die ungerechte Folge politischer und ökonomischer Entscheidungen, auf die sie keinen Einfluss haben.

All dies rührt an den Nerv des kubanischen Selbstverständnisses. Hatte doch Fidel Castro selbst den berühmten Satz von Marx aus der Kritik des Gothaer Programms als Maßstab propagiert: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« (Fidel Castro 1973). Für die Revolutionsgeneration dürfte der Satz durchaus identitätsverbürgend gewesen sein. Inzwischen hat er aber seine Glaubwürdigkeit verloren.

Reformdruck von innen

Vor dem skizzierten Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass der größte Reformdruck nicht von der kleinen Gruppe der im Ausland be-

9. Eine einmalige Überweisung von 240 US-Dollar entspricht dem nominellen durchschnittlichen Jahresgehalt im öffentlichen Sektor.

kannten »Dissidenten«¹⁰ kommt, sondern aus der Mitte der kubanischen Gesellschaft.

Die Auseinandersetzungen über Wandel und Reformen finden sich in den Positionen der katholischen Kirche, in Stellungnahmen von Kulturschaffenden, Elementen der Jugendkultur und in den neuen Möglichkeiten, die das Internet bietet. Das Spektrum reicht bis hin zu einer linken Opposition, die in den offiziellen Massenorganisationen ihre Basis hat. Gemeinsam ist diesen kritischen Ansätzen, dass sie den Sozialismus nicht grundsätzlich infrage stellen.

Die linken Gruppierungen dürften für den Staat deswegen besonders unbequem sein, weil sie sich gegen Missstände wenden, die auch offiziell kritisiert werden (Ineffizienz, autoritär-bürokratisches Verhalten, Korruption etc.). Sie fordern eine Erneuerung des kubanischen Sozialismus und mehr Demokratie. In ihrer Kommunikation setzen sie auf horizontale Netzwerke, eine durchaus subversive Sache in einer vertikal organisierten Gesellschaft, wo Rechte und Aufgaben traditionell delegiert werden. Da die »Linken« in der Regel in den staatlichen Massenorganisationen aktiv sind, sind hier die Grenzen zwischen Regime und Opposition fließend. Eine Einschätzung im Hinblick auf Reichweite und Wirkung dieser Art von oppositionellen Strömungen ist kaum vorzunehmen.

Vergleichbar problematisch ist für das Regime die wachsende Kritik aus dem Kreise der Kulturschaffenden. Innenpolitisch hat die vielfältige Musikszene eine Leitbildfunktion für die Jugend. Im Ausland war und ist die Kulturszene traditionell das Aushängeschild des kubanischen Sozialismus, den viele Künstler über Jahrzehnte verteidigt und legitimiert haben. Nun hat man sich seit einigen Jahren an stark gesellschaftskritische Töne von Rappern und Underground-Rockbands gewöhnt. In jüngster Zeit melden sich aber auch die in Kuba beliebten und hoch dekorierten Barden der Revolution kritisch zu Wort (wie etwa Carlos Varela, Silvio Rodríguez, Pablo Milanés, Frank Delgado). Die Kritik ist mittlerweile für kubanische Verhältnisse massiv und macht auch vor den Granden der Revolution nicht halt. Milanés sprach sich neulich gegen

10. Obwohl die innenpolitische Wirkung und Verankerung der »Dissidenten« in der Bevölkerung so gering ist – viele sind durch ihre Nähe zu den USA diskreditiert –, bleibt das Verhältnis des Staates zu dieser Oppositionsgruppe kompromisslos. Eine weitreichende gesetzliche Legalisierung von Repressionsmaßnahmen erlaubt eine präventive Inhaftierung von Regimekritikern. Kuba verstößt damit gegen grundlegende Menschenrechte und unterdrückt gleichzeitig die Dokumentation dieser Verstöße.

Denkverbote und für Toleranz im Umgang mit Andersdenkenden aus: »Ideen diskutiert man, man sperrt sie nicht ein.« Delgado kritisierte, dass Kubas Parlament keine echte Volksvertretung sei, weil es keine Debatten gebe, oder dass das Fehlen der Reisefreiheit nicht mit dem Ideal der Freiheit, wie sie Che Guevara formuliert hatte, vereinbar sei.

Inzwischen findet sich Jugendprotest auch in Blogs im Internet. Allerdings erregen diese vor allem Aufsehen im Ausland, da ihre Texte in Kuba aufgrund des stark eingeschränkten Zugangs zum Netz nur begrenzt rezipiert werden können.

Offene Kanäle, über die die Zivilgesellschaft ihre Kritik an den herrschenden Zuständen anbringen kann, sind dagegen einige Magazine der katholischen Kirche. Ihre Lektüre gewährt einen Blick auf eine innerkubanische Diskussion von Problemen, die weder von der Linientreue der staatlichen Medien geprägt ist noch von den oft ideologischen Positionen ausländischer Kritiker. Sie sind die einzige tolerierte Form nicht staatlich kontrollierter Presse, werden von den verschiedenen Diözesen in Eigenregie herausgegeben und unterliegen keiner staatlichen Zensur. Diese Medien der Kirche begreifen sich nicht als oppositionell, sondern einzig und allein als Vertreter der Kirche. Aus diesem Grund verzichtet man auf eine Zusammenarbeit mit Oppositionsgruppen ebenso wie auf eine Kooperation mit der Regierung. Generell hat die katholische Kirche über die Jahre sehr behutsam gegenüber dem Staat agiert, obgleich sie als stärkste und am besten organisierte Nichtregierungsorganisation betrachtet werden kann. Der Spielraum, den sie sich dadurch geschaffen und bewahrt hat, dürfte auch daher rühren, dass man die Legitimität des Sozialismus in Kuba anerkennt. Er gilt auch für die katholische Kirche als das Ergebnis eines vom Volk getragenen Kampfes um nationale Unabhängigkeit und damit als identitätsstiftend – anders als in Mittel- und Osteuropa, wo er auf den Panzern der Roten Armee in die meisten Länder rollte.¹¹

Nach langem Zögern mischte sich die Kirche im April dieses Jahres auch erstmals in die Frage des Umgangs des Regimes mit politischen Gefangenen ein, und es deutet einiges darauf hin, dass sie eine Vermittlerrolle bezüglich der Haftbedingungen oder perspektivisch bei der Freilassung spielen könnte.

11. Der kubanische Sozialismus war seinerseits gegenüber der Kirche und den Religionen stets bedeutend toleranter als die osteuropäischen Spielarten.

Ausgelöst durch den Tod von Orlando Zapata Tamayo nach einem Hungerstreik¹² Ende Februar rückte die Menschenrechtsfrage wieder in den Mittelpunkt der internationalen Kuba-Berichterstattung und überlagert die Auseinandersetzung mit den ökonomischen und politischen Reformnotwendigkeiten. Sieht man einmal von der humanitären Tragödie ab, die der Tod von Zapata und die Not der anderen Gefangenen bedeuten, war die politische Wirkung eher Wasser auf die Mühlen der Hardliner, die eine Fortsetzung von Sanktionen und diplomatischem Druck im Umgang mit Kuba fordern.¹³ Für die auf Dialog orientierten Gruppen in Regierung und Staat in Kuba dürfte der Tod von Orlando Zapata ausgesprochen ungelegen gekommen sein. Hat er doch die bereits fortgeschrittene Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU und Kuba torpediert und die auf dem Weg befindliche Politik der Annäherung in kleinen Schritten zwischen Kuba und den USA zum Erliegen gebracht. Damit könnte der katholischen Kirche die Rolle zufallen, einen Ausweg aus der festgefahrenen Situation zu weisen, der Regime und Opposition neuen Spielraum für einen Dialog eröffnet und den außenpolitischen Druck auf Kuba reduziert.

Der Umgang des Regimes mit der internen Kritik dürfte entscheidend für den Fortgang des bereits begonnenen Wandels in Kuba sein. Die Themen eines neu zu gestaltenden Dialoges sind durch die Defizite in Staat und Wirtschaft vorgegeben. Es geht aber auch um neue Formen der Partizipation, um die Schaffung öffentlicher Dialogräume, bei denen der Staat und die Partei ihre paternalistische Haltung zur eigenen Bevölkerung aufgeben und in einen echten Dialog treten (Alzugaray 2009). Es ist offensichtlich, dass das Alte nicht mehr funktioniert, aber das Neue ist noch nicht klar erkennbar.

12. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern auf der Welt ist der Tod eines politischen Gefangenen in Kuba keine Alltäglichkeit. Der letzte bekannte Fall ist lange her. Er datiert auf 1972 zurück.

13. Was diese Sanktionen betrifft, kommt selbst Human Rights Watch im Bericht zur Menschenrechtslage in Kuba 2009 zu dem Schluss, dass sich das US-Embargo im Hinblick auf eine Verbesserung der Situation nicht als zielführend, sondern eher als kontraproduktiv erwiesen habe. Der EU-Ansatz (wirtschaftliche Kooperation, gebunden an Menschenrechtszusagen) hingegen sei daran gescheitert, dass die Kosten für das Nichteinhalten von Zusagen zu niedrig seien.

Die Revolution kann nur von innen besiegt werden

Der Schlüssel zu Bestand oder Scheitern des tropischen Sozialismus liegt beim Regime selbst. Das Land hat die wissenschaftlich-technische Expertise und das soziale Kapital für die notwendigen Reformen und sogar die eigenen Erfahrungen aus den 1990er Jahren, an die man anknüpfen könnte. Es ist eine rein politische Frage, welche Schritte man zu tun bereit ist.

Die selbst kreierte Abhängigkeit von Venezuela könnte sich dabei als Irrweg erweisen. Zwar hat sie dem politischen Regime eine Verschnaufpause verschafft. Für die ökonomische und soziale Entwicklung bedeutete sie aber einen Rückschritt. So könnte sich die Zeit seit Ende der 1990er Jahre als verlorenes Jahrzehnt erweisen. Das System ist keineswegs robuster geworden, und je länger man mit den notwendigen Wirtschaftsreformen wartet, desto schwieriger wird die Sanierung – sei es unter sozialistischen oder kapitalistischen Vorzeichen. Da Regierung und Partei aber weiterhin die volle politische Kontrolle haben, eine gewisse Restloyalität vorhanden ist und die nationale Identität und Souveränität auch für Regimekritiker ein hohes Gut sind, hat es die kubanische Führung auch in der Hand, ihren im Vorhof des »Imperiums« etablierten Sozialismus in die Zukunft zu verlängern oder seine hart erkämpften Errungenschaften wieder zu verspielen. Im Jahre 2005 hat Fidel Castro selbst davor gewarnt, dass die Revolution nur von innen besiegt werden kann. Um dies zu verhindern und die jetzige Krise zu überwinden, braucht es auf Seiten der Führung Mut und Vertrauen in die eigene Bevölkerung – waren das nicht auch die Voraussetzungen für den Erfolg der Revolution von 1959?

Literatur

- Alzugaray Treto, Carlos (2009): »Cuba cincuenta anos despues: continuidad y cambio politico«, in *TEMAS*, Nr. 60 (Okt.-Dez. 2009): 37–47.
- Castro Ruz, Fidel (1973): »Discurso en el acto central por el xx aniversario del asalto al cuartel Moncada«, Santiago de Cuba (26. Juli 1973); www.cuba.cu/gobierno/discursos.
- Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) (2003–2007): *Balanza preleminar de las economías de América Latina y el Caribe*, Santiago.
- Dilla, Haroldo (2010): »Cuba: las morbosidades políticas y los cisnes negros«, erscheint in *Nueva Sociedad*, Nr. 227 (Juni 2010).

- Erikson, Daniel P. (2009): *The Cuba Wars. Fidel Castro, The United States, and the Next Revolution*. New York, Berlin, London: Bloomsbury.
- Hoffmann, Bert (2009): «Charismatic Authority and Leadership Change: Lessons from Cuba's Post-Fidel Succession», in *International Political Science Review*, Vol. 30, Nr. 3.
- Mesa Lago, Carmelo (2008): «La economía cubana en la encrucijada: el legado de Fidel, el debate sobre el cambio y las opciones de Raúl»; Documento de Trabajo, No 19/2007; Real Instituto Elcano.
- Monreal, Pedro (2007): «Industrial Policy and Clusters in Cuba», in Domínguez et al. (2008): *The Cuban Economy at the Start of the Twenty-First Century*.
- Morales, Esteban (2010): «Corrupción: ¿la verdadera contrarrevolución?» Unión de Escritores y Artistas de Cuba; www.uneac.org.cu/index.php?module=noticias&cat=detalle&tipo=noticia&id=3123.
- Nueva Sociedad (NUSO) (2008): Cuba cambia?, No 216, verschiedene Artikel.
- Oficina Nacional de Estadísticas (ONE) (2008): Panorama Económico y Social 2007.
- Vicent, Mauricio (2010): »Corrupción al modo cubano«, in *El País*; www.elpais.com/articulo/reportajes/Corrupcion/modo/cubano/elpeuint/20100516elpdmngrep_4/Tes.